Nummer 284 — 30. Jahrgang

Erscheint einmal wöchtl. mit illustr. Gratisbeilagen „Heimat und Welt" und der Kinderbeilage „Für unsere kleinen Leute", sowie den Zeitbeilagen „Illu. Venus-Blatt", „Unterhaltung und Wissen", „Die praktische Hausfrau", „Herzlicher Ratgeber", „Das gute Buch". Monatlicher Bezugspreis ℳ 2.80 einschl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 ₰ Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 ₰.
Hauptschriftleiter: Dr. G. Dobezyk, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Dienstag, den 8. Dezember 1931

Verlagsort: Dresden

Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile 30 ₰. Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 69 mm breit, 1 ℳ. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 ₰, die Petitreklamezeile 1.50 ℳ. Briefgeb. 30 ₰. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz.
Geschäftlicher Teil: Franz Bungarth, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania A.-G. für Verlag und Druckerei, Filiale Dresden, Dresden-A. 1, Pulserstraße 17. Fernruf 20012. Postscheckkonto Dresden 4761. Bankkonto Stadtbank Dresden Nr. 61719

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Pulserstraße 17. Fernruf 20111 und 21012.

Flandins neue Pläne

Politisches Moratorium. — Das Ende französischer Schulweisheit.

(Von unserem Vertreter.)

Paris, Anfang Dezember.

C. v. P. Die konservativen Wahlen in England haben der französischen Regierung nicht viel Freude bereitet. Der große Rechenfehler lag darin, daß man unter außenpolitischen Gesichtspunkten und zudem aus Feindschaft gegen den Sozialismus das Herankommen einer neuen Aera in London glaubte mit Jubel begrüßen zu können. Aber die Formel „Entente cordiale" paßt besser in die Zeit der Bündnisse und politischen Gefühle als in die Periode der Weltkrise, wo wirtschaftliche und finanzielle Gebote neue Fronten schaffen. Die Regierung MacDonald—Chamberlain hat Zölle eingeführt, welche den französischen Handel schwer treffen. England ist Frankreichs bester Ausfuhrkunde, die Bilanz von 7,9 Milliarden frs. war 1930 mit 1,6 Milliarden aktiv. Auch für acht Monate des Krisenjahres 1931 übersteigt die Aktivität 1 Milliarde. Zölle bis von 50 Prozent werden von Mitte März an, außer dem bereits bestehenden Zoll von 33 Prozent, die französischen „Luxus"-Produkte treffen, darunter werden nicht nur der verfeinerte Gemüsebau sondern selbst die Kartoffeln gerechnet. Dies rührt an den Lebensnerv eines an sich nicht wohlhabenden Landesteils wie der Bretagne. Andererseits hat die französische Regierung durch Dekret vom 12. November sich gegen die Unterbietung durch die englische Konkurrenz provisorisch zu schützen gesucht. Eine 15 prozentige Einfuhrsteuer, welche der Pfundentwertung Rechnung tragen soll, trifft alle Waren von der anderen Seite des Kanals, insbesondere die englische Kohle. Im Budget für das kommende Jahr ist zudem eine allgemeine Erhöhung der Einfuhrbesteuerung vorgesehen, die sich besonders bei Fertigfabrikaten auf 6 Prozent beläuft.

Dennoch ist die französische Reaktion auf den englischen Hochschutzzoll, wie auf die gefährliche Unterbietung durch die fortschreitende Pfundentwertung maßvoller als es der Bedeutung der Sache entsprechen müßte. Es geht nämlich um die politische Zusammenarbeit, deren Möglichkeiten, so sehr sie sich beschränkt haben, die Regierung in Paris bestimmt nicht verscherzen möchte. Die Haltung, welche jede englische Regierung heute in der Reparationsfrage einnehmen muß, hat nichts mit irgendwelchen Bestrebungen politischer Verständigung zu tun. Nur auf die letztere hatten manche Franzosen gehofft, als sie dithyrambische Leitartikel über die konservativen Wahlen schrieben. Auch Herr Laval mag sich über die Zwangsläufigkeit der englischen Haltung noch nicht bis ins letzte klar gewesen sein, als er in seiner Kammerrede mit einem unbekümmerten Starrsinn jede Priorität, ja sogar den Zusammenhang der privaten Verschuldung Deutschlands mit den Reparationen in Abrede stellte. Als Léon Blum ihn während der Nachtsitzung in die Enge trieb, gab Laval dennoch nicht zu, daß auf der kommenden großen Regierungskonferenz über kurzfristige Kredite Entscheidungen fallen werden. Man bemerkte, wie Flandin, der weniger an die parlamentarische Situation des Palais Bourbon als an die internationale Finanzlage dachte, dem Ministerpräsidenten soufflieren wollte. Aber zwischen dem Finanzminister und Laval saßen andere Kollegen, insbesondere der Hüne Maginot wie ein rocher de bronze. Am nächsten Tage kam die Antwort aus London. Die „Times" verkündeten neuerdings und sehr offiziös, daß die privaten Schulden Deutschlands den Vorrang besitzen.

Um in die festgefahrene Situation wieder Bewegung zu bringen, begab sich Herr Flandin nach Buckingdamshire. Daß es sich hauptsächlich um Fasanenjagd handelte, konnte niemand ernst nehmen, der weiß, daß der Sonntagsjäger zwar eine typisch französische Erscheinung ist, während über der englischen Heckenlandschaft Feiertagsfriede liegt. Flandin hat nicht etwa über Zölle gesprochen, wozu ja der Handelsminister zuständig wäre, sondern als weitschauender und einsichtiger Staatsmann mit den führenden Männern Englands die Grundfragen der Pfundstabilisierung, der kurzfristigen Schulden und Reparationen erörtert. Gerne blickt man in Paris die Engländer mit einem Auge stummen Vorwurfs an, weil sie, statt der angebotenen Hilfe einer 4 Milliarden-Franken-Anleihe, es vorzogen, die Goldwährung aufzugeben. Und mit dem gleichen Auge verweist man auf die ungeminderte Hilfsbereitschaft bei der Wiederaufrichtung der Pfundwährung. Dagegen haben die politischen und finanziell entscheidenden Kräfte Frankreichs niemals die tieferen Ursachen der englischen Krise anerkennen wollen. Sie haben von der Frage der Goldwährung und der Wiederstabilisierung des Pfundes peinlich das Problem der Kriegsschulden, der Reparationen und der in Deutschland festgefrorenen Gelder getrennt. Darüber jedoch hat der Besuch Flandins jetzt eine heilsame Klarheit gebracht. England ist nicht bereit, ohne endgültige Regelung der internationalen Zahlungsprobleme, der politischen wie der privaten, zu stabilisieren.

Flandin spricht man die Erkenntnis zu, daß Frankreich mit der erhabenen Haltung, auf seinem Geldsack zu sitzen, nicht durchkommen werde. So ist es denkbar, daß er in England den Zusammenhang der Reparationen mit den stillgehaltenen Krediten nicht leugnete und daß er sich vielleicht auch der Notwendigkeit neuer „endgültiger" Lösungen nicht verschloß. Aber es heißt, er habe die Beteiligung der französischen Finanzkraft an einer Konsolidierung der kurzfristigen deutschen Schulden mit der Bedingung politischer Beruhigungen verknüpft. Darunter ist, wie die Erfahrungen des Juli gelehrt haben, der deutsche Verzicht auf eine Revisionspolitik für eine Reihe von Jahren zu verstehen.

Gäbe es auf der Welt überhaupt nur noch Finanzfragen, so wäre der Wunsch verständlich und sogar das politische Stillhalten Deutschland anzuraten. Aber es gibt ein rein politisches deutsch-französisches Problem, das durch die Stichworte „Abrüstung" und „status quo" umrissen wird. Der brutale Ton der Trocadero-Versammlung ist verschollen, und es bleibt die ruhige Ueberlegung, ob eine Annäherung des deutschen und französischen Standpunktes in der Aufrüstungsfrage möglich ist. Frankreich sucht die Sicherheit durch internationale Schiedsgerichtsbarkeit und Völkerbundsaktionen. Die Theorie, wie manche andere, ist unangreifbar. Aber die Verwirklichung, die in der Generalakte Deutschland zugemutet wird, würde ohne entsprechende Vorbehalte eine erneute Festlegung auf den Versailler Vertrag bedeuten und auf die praktische Unmöglichkeit, den Artikel 19 anzuwenden. Hat doch Frankreich bei Annahme der Generalakte deren Artikel 28 ausdrücklich so gedeutet, daß „die Achtung der durch die Verträge geschaffenen Rechte für die Schiedsgerichte zwingend ist".

Es gibt in verschiedenen Lagern der französischen

Notverordnung fertig

Montag abend Unterzeichnung durch den Reichspräsidenten

Brüning spricht im Rundfunk

Berlin, 7. Dezember.

Die letzte redaktionelle Ueberarbeitung der Notverordnung hat Montagvormittag begonnen. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß sie im Laufe des Tages abgeschlossen werden kann, **so daß der Reichspräsident am späten Abend seine Unterschrift geben und die Notverordnung dann über Nacht in Druck gehen würde.** Die Veröffentlichung dürfte aber erst in den Mittwochfrüh-Blättern erfolgen,

da der Reichskanzler nach der Uebergabe der Verordnung an die Presse selbst das Wort im Rundfunk nehmen will.

Er will die ungewöhnliche Bedeutung, die dieser Notverordnung zukommt, klarstellen; außerdem liegt es nahe, daß der Kanzler sich unter Umständen auch zu der Verschärfung der politischen Situation äußert, die in den letzten Tagen ganz zweifellos eingetreten ist.

Wenn übrigens in einem Berliner Frühblatt aus dieser Verschärfung Krisengerüchte abgeleitet werden, so läßt sich nur feststellen, daß gut unterrichtete Kreise ganz anderer Auffassung sind. Schon die Tatsache, daß die Notverordnung mit aller Energie und ohne Zeitverlust in die Praxis umgesetzt werden soll, läßt darauf schließen,

daß man in Kreisen der Reichsregierung von ganz anderen als Krisenstimmungen beseelt ist.

Natürlich läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen, wie der Aeltestenrat nach der Veröffentlichung der Notverordnung eventuell über die Frage der Reichstagseinberufung entscheiden wird. Das wird sehr wesentlich davon abhängen, zu welchem Ergebnis die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gelangt, die in der zweiten Hälfte dieser Woche zusammentreten dürfte. Vorläufig rechnet man in politischen Kreisen jedenfalls damit, daß es den ernsten Vorstellungen des Kanzlers gelingen wird, sich die Frist zu erwirken, die er braucht,

um den mit den wirtschaftlichen Maßnahmen der Notverordnung unternommenen energischen Einbruch in das Preisniveau durchzuführen.

Gelingt das, so kann die Reichsregierung im Februar natürlich eine ganz andere Situation vorfinden.

Dieser Punkt dürfte das Kernproblem der politischen Besprechungen sein, die der Kanzler im Laufe dieser Woche zu führen hat. Er wird darauf hinweisen können, daß die Bemühungen um die Beseitigung der Wirtschaftskrise mit dieser Notverordnung ihren Höhepunkt erreichen, daß ferner die Anstrengungen wegen der Sicherung des Etats sich nicht nur auf die nächsten Monate erstrecken, sondern

daß die Notverordnung die Basis der Etatarbeit des Jahres 1932 überhaupt bildet,

und er wird schließlich auch den Zusammenhang mit den nächsten außenpolitischen Verhandlungen betonen können, die bald beginnen. All diese Gründe sprechen doch sehr stark dafür, erst die nächsten Wochen abzuwarten. Auch die Verwirklichung der Burgfriedensidee über die Weihnachtszeit hinweg wird sicher einen beruhigenden Einfluß ausüben.

Moskaus Kampf gegen Gott

Die Erlöser-Kathedrale in Moskau in die Luft gesprengt

Eine Mahnung für Europa!

Moskau, 6. Dezember.

Die Erlöserkathedrale, eines der bedeutendsten Bauwerke Rußlands, ist am Sonnabendnachmittag durch sechs Ladungen Dynamit in die Luft gesprengt worden. Die gewaltige Explosion wurde in der ganzen Stadt verspürt. Im Umkreis von vielen hundert Metern ging ein Regen von Stein- und Mauerteilchen nieder. Die Polizei hatte umfangreiche Vorkehrungen getroffen und das ganze Stadtviertel abgesperrt. Das Gold der fünf riesigen Kuppeln hatte man schon vor längerer Zeit abgenommen und die Kunstwerke aus dem Innern der Kirche entfernt. **An Stelle der Erlöserkirche soll das Sowjet-Kongreßgebäude errichtet werden.**

*

Die Sowjets gehen bei ihrem Vernichtungsfeldzug gegen die Religion mit einer Brutalität vor, die auch vor keinem Kunstwerk, vor keiner noch so bedeutenden Leistung der Vergangenheit halt macht. Rücksichtslos werden Kathedralen und Klöster dem Erdboden gleichgemacht, um die Anhänglichkeit des Volkes an diese Bauwerke zu zerstören. Die Errichtung eines Sowjet-Kongreßgebäudes an Stelle eines der schönsten Kathedralen Rußlands — ein Plan, der schon seit längerer Zeit feststeht und dessen Durchführung nun in Angriff genommen worden ist — kann als Sinnbild dafür gelten, wie die Bolschewisten die geistige Umwälzung in Rußland allgemein und endgültig zu machen hoffen. An Stelle des Bekenntnisses zu Gott soll das Bekenntnis zum Sowjetstaat treten, auch in den äußeren Symbolen. Für die Christenheit in Europa sollte die Sprengung der Erlöser-Kathedrale ein Alarm-Schuß sein, eine Mahnung, die inneren Streitigkeiten zu begraben und alle Kräfte zur Abwehr der von Osten drohenden Gefahr zu vereinen.

Aufdeckung einer kommunistischen Spionage-Zentrale

Wien, 7. Dezember. Ueber eine geheime Spionagezentrale mit einem Kurzwellensender in Baden bei Wien bringen die Wiener Montagsblätter ausführliche Berichte, denen u. a. zu entnehmen ist, daß die von der Behörde seit einiger Zeit eingeleiteten Erhebungen ergeben haben, daß man einer zweifellos internationalen kommunistischen Spionagezentrale, der bisher größten Europas, auf die Spur gekommen ist, die mit den modernsten technischen Mitteln ausgerüstet war, um unabhängig von Post und Telegraph mit ihren Hintermännern in Verbindung zu bleiben. Ueber die Namen der bisher Verhafteten kann noch nichts mit Bestimmtheit gesagt werden. Fest steht nur, daß sie alle über sehr reichliche Geldmittel verfügen, die ihnen offenbar vom russischen Geheimdienst zugegangen sind.

Die Staatspolizei hat sich im Laufe des Sonntags mit den ausländischen Polizeibehörden ins Einvernehmen gesetzt, um möglichst rasch die Identität der Verhafteten festzustellen. Es wurden bisher drei Männer und zwei Frauen verhaftet. Festgestellt wurde gestern auch, daß außer der Badener Anlage noch in Wiener Neustadt eine Anlage errichtet wurde. Vor Abschluß der Erhebungen ist kein offizieller Bericht zu erwarten.